

Finanzierung sichern jetzt!

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist die Grundlage für eine sichere Mobilität und eine stabile Wirtschaft. Das Mobilitätsbedürfnis der Menschen und der Wirtschaft wird auch in Zukunft wachsen. Damit der Wirtschaftsstandort Deutschland wettbewerbsfähig bleibt, muss die Verkehrsinfrastruktur dringend ertüchtigt, modernisiert und erneuert werden. Es besteht vielfältiger Handlungsbedarf.

Darum hat die **BSVI – die Bundesvereinigung der Straßenbau- und Verkehringenieure e.V.** die nachfolgenden Lösungsansätze zum Thema **Infrastrukturfinanzierung** formuliert:

Mehr Sicherheit und Kontinuität bei der Finanzierung

Die Finanzierung und das Personal für Projekte müssen von Beginn einer Planung an über alle Prozesse bis zur Fertigstellung durchgehend gesichert sein und auch bleiben. Die Finanzmittel für Projekte müssen frei von haushaltspolitischer Einflussnahme zweckgebunden sein.

Darum: Infrastrukturfinanzierung langfristig sichern

Eine langfristige Mittelzusage durch öffentliche oder private Geldgeber schafft Planungssicherheit. Dies kann in Form von mehrjährigen Haushaltsplänen oder durch spezielle Infrastrukturprogramme erfolgen, die über mehrere Jahre finanzielle Unterstützung garantieren. Die Vorteile liegen in der Vermeidung von Unterbrechungen im Planungs- und Bauprozess, klare Perspektiven für alle Beteiligten und bessere Kontrolle über die Projektkosten.

Darum: Höhere Pauschale des Bundes an die Auftragsverwaltungen

Die Pauschale des Bundes an die Länder für die Abgeltung von Zweckausgaben im Bundesfernstraßenbau beträgt gemäß *Gesetz über die vermögensrechtlichen Verhältnisse der Bundesautobahnen und sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs (BABG) § 6 (3)* derzeit 5 v.H. der Baukosten für die Planung und Bauaufsicht, davon entfallen 3,5 v.H. für die Planung. Es ist unbestritten, dass diese Pauschale für die zu erbringenden Leistungen nicht ausreichend ist. Hochwertige Planungen und umfassende, frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung sind die Grundlage für rechtssichere Planungen, welche angemessen finanziert werden müssen. Die Höhe der Pauschale an die Länder für Zweckausgaben im Bundesfernstraßenbau muss adäquat angehoben werden. Zur Orientierung für den Bund sollten die Erfahrungen aus der Finanzierung der Autobahn GmbH des Bundes herangezogen werden. Der Zeitpunkt der Auszahlung der Pauschale an die Länder sollte vom Planungsfortschritt abhängig gemacht werden.

Darum: Transparente und realistische Kostenplanung

Eine detaillierte und realistische Kalkulation der Kosten über die gesamte Projektdauer hinweg trägt wesentlich zur Planungssicherheit bei. Dabei müssen sowohl direkte Baukosten als auch langfristige Unterhaltungs- und Betriebskosten berücksichtigt werden. Die Vorteile liegen in der Vermeidung von Budgetüberschreitungen und unwirtschaftlichen Planungen, der besseren Kontrolle über die Finanzierung und der frühzeitigen Identifikation potenzieller Finanzierungslücken.

Darum: Einrichtung von Infrastrukturfonds

Die Einrichtung von Infrastrukturfonds kann eine konstante Finanzierungsquelle für Straßenbauprojekte sicherstellen. Diese Fonds sind zweckgebunden für die Erhaltung sowie den Aus- und Neubau der Straßeninfrastruktur. Die BSVI sieht in einem Infrastrukturfond die Möglichkeit der Entkopplung von politischen Haushaltszyklen. Die Vorteile liegen in einer stabilen und langfristigen Verfügbarkeit ausreichender Finanzmittel. Sie garantieren eine langfristige Planbarkeit und schaffen einen Finanzierungsspielraum.

Planungsbeschleunigung jetzt!

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist die Grundlage für eine sichere Mobilität und eine stabile Wirtschaft. Das Mobilitätsbedürfnis der Menschen und der Wirtschaft wird auch in Zukunft wachsen. Damit der Wirtschaftsstandort Deutschland wettbewerbsfähig bleibt, muss die Verkehrsinfrastruktur dringend ertüchtigt, modernisiert und erneuert werden. Es besteht vielfältiger Handlungsbedarf.

Darum hat die **BSVI – die Bundesvereinigung der Straßenbau- und Verkehringenieure e.V.** die nachfolgenden Lösungsansätze zum Thema **Planungsbeschleunigung** formuliert:

Wirksame Reformen im Genehmigungs- und Planungsrecht

Deutschland muss schneller baureife Planungen im Straßen- und Brückenbau schaffen. Die Einflussfaktoren auf die behördeninternen Genehmigungsverfahren und auf die baurechtlichen Verfahren sind kritisch zu hinterfragen. Die Genehmigungsverfahren wirken sehr hemmend auf den dringenden Bedarf an Modernisierung und Investition unserer Straßen- und Verkehrsinfrastruktur. Das komplexe Genehmigungsrecht und Planungsrecht müssen so vereinfacht werden, dass es in der Breite Wirkung zeigt.

Darum: Reform der Plangenehmigung durch das Bundesministerium für Digitales und Verkehr

Das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) und die Auftragsverwaltungen stimmen die Planungen von Bundesfernstraßen auf Grundlage der *Richtlinien zum Planungsprozess und für die einheitliche Gestaltung von Entwurfsunterlagen im Straßenbau (RE 2012)* ab. Der Zeitbedarf für diesen behördeninternen Planungs- und Genehmigungsprozesse muss reduziert werden. Das BMDV kann durch eine Erhöhung der Vorlagegrenzen und durch eine Festlegung einer 3-monatigen Prüffrist den Genehmigungsprozess beschleunigen.

Darum: Stärkung der Präklusion

Präklusion bedeutet den Ausschluss der Einwendung gegen ein Vorhaben. Die kontinuierliche Ausweitung der Rechtsschutzmöglichkeiten durch den Europäischen Gerichtshof, insbesondere dem Wegfall der Präklusion, hat die Rechts- und Planungssicherheit erheblich vermindert. Um aufwendige Planänderungen zu vermeiden, sollte auf nationaler Ebene als praxistauglicher Stichtag für die anzuwendende Sach- und Rechtslage sowie den maßgeblichen Stand von Wissenschaft und Technik das Ende des Anhörungsverfahrens festgelegt werden. Dies sollte dann nicht nur die Anwendung von Rechtsvorschriften betreffen, sondern vor allem die Daten- und Methodenaktualität bei Umweltuntersuchungen.

Darum: Abschaffung der Verbandsklage

Um einer ideologischen Verhinderungspolitik gegenüber dem Ausbau der Straßeninfrastruktur entgegenzuwirken, sollte das Klagerecht an aktive Mitwirkungspflichten und Präklusion gebunden werden. Durch die Abschaffung des Verbandsklagerechts kann die Umsetzung von Infrastrukturprojekten beschleunigt und vereinfacht werden.

Darum: Einhaltung der gesetzlichen Fristen

Gemäß § 15 (4) Raumordnungsgesetz (ROG) ist das Raumordnungsverfahren durch die Landesplanungsbehörde (Höhere Raumordnungsbehörde bei den Regierungspräsidien) innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen abzuschließen. Gemäß § 16 (2) Fernstraßengesetz (FStrG) ist die Bestimmung der Linienführung durch das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen abzuschließen. Nur in begründeten Ausnahmefällen und in Abhängigkeit der Projektgröße sollen diese Fristen angemessen verlängert werden können.

Darum: Planungssicherheit durch verlässliche und baulastträgerübergreifende Finanzierung

Planungssicherheit ist ein entscheidender Faktor für die erfolgreiche Umsetzung von Infrastrukturprojekten im Straßenbau. Eine kontinuierliche und über alle Planungsphasen gesicherte und garantierte Projektfinanzierung (Projektbeschluss) spielt dabei eine zentrale Rolle. Sie stellt sicher, dass Projekte fristgerecht, im geplanten Umfang und ohne kostspielige Verzögerungen realisiert werden können. Verlässliche Finanzierung sorgt nicht nur für einen reibungslosen Projektlauf, sondern stärkt auch das Vertrauen aller Beteiligten und erhöht die Wahrscheinlichkeit eines erfolgreichen Projektabschlusses.

Vergabewesen reformieren jetzt!

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist die Grundlage für eine sichere Mobilität und eine stabile Wirtschaft. Das Mobilitätsbedürfnis der Menschen und der Wirtschaft wird auch in Zukunft wachsen. Damit der Wirtschaftsstandort Deutschland wettbewerbsfähig bleibt, muss die Verkehrsinfrastruktur dringend ertüchtigt, modernisiert und erneuert werden. Es besteht vielfältiger Handlungsbedarf.

Darum hat die **BSVI – die Bundesvereinigung der Straßenbau- und Verkehrsingenieure e.V.** die nachfolgenden Lösungsansätze zum Thema **Vergabewesen** formuliert:

Reform des Vergaberechts

Für ein schnelleres Planen und Bauen müssen Verfahren und Prozesse entwickelt werden, die einen effizienten Einsatz der sehr begrenzten Ressourcen auf allen Seiten ermöglichen. Die derzeit zur Anwendung kommenden Vergabeverfahren sind ab der Vorbereitung bis zur Durchführung sehr personal- und kostenintensiv, zeitaufwendig und komplex. In der Regel zählt das Zuschlagskriterium Preis. Qualität, Dauerhaftigkeit, Innovationen spielen keine oder nur eine untergeordnete Rolle. Nebenangebote werden in der Regel ausgeschlossen, weil sie vergaberechtlich zu Problemen führen können.

Darum: Alternative Vergabe und Vertragsverfahren zulassen

Die BSVI fordert, die Kapazitäten, Erfahrungen und die Expertise der Bauwirtschaft besser zu nutzen. Ziel muss bei Planung, Bau und Abrechnung das beste Ergebnis für Auftraggeber und Auftragnehmer sein. Funktionale Ausschreibungen oder die sogenannten Allianzverträge können die gemeinsamen Interessen bündeln. Die Zusammenarbeit zwischen Planern und Bauausführenden im Rahmen der Ausführungsplanung kann technologische Prozesse, Maschinen- und Personaleinsatz, Bauabläufe und die Verkehrsführung während der Bauzeit optimieren. So können auch innovative Lösungen zum Einsatz kommen.

Darum: Reform der Vergabe von Ingenieurleistungen

Das Ziel ist es, gute und zuverlässige Ingenieurleistungen zu fördern und gleichzeitig den bürokratischen Aufwand im Vergabeprozess zu minimieren. Die BSVI schlägt einen Pool präqualifizierter Büros vor. In einem ersten Schritt bewerben sich die Ingenieurbüros für die Teilnahme am Verfahren. Nach einer Qualifikationsprüfung (u.a. Nachweis von prüfbaren Referenzen, Qualifikation der Mitarbeitenden) werden sie in einen Pool von präqualifizierten Büros aufgenommen und Rahmenverträge abgeschlossen. Die öffentlichen Auftraggeber können aus diesem Kreis direkt ein Büro beauftragen, ohne separate Vergabeverfahren. Die Präqualifikation ist zeitlich begrenzt und muss nach Ablauf erneut nachgewiesen werden. Dies gilt auch für die Rahmenverträge. Zeit- und kostenintensive Vergabeverfahren können dadurch entfallen.

Digitalisierung steigern jetzt!

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist die Grundlage für eine sichere Mobilität und eine stabile Wirtschaft. Das Mobilitätsbedürfnis der Menschen und der Wirtschaft wird auch in Zukunft wachsen. Damit der Wirtschaftsstandort Deutschland wettbewerbsfähig bleibt, muss die Verkehrsinfrastruktur dringend ertüchtigt, modernisiert und erneuert werden. Es besteht vielfältiger Handlungsbedarf.

Darum hat die **BSVI – die Bundesvereinigung der Straßenbau- und Verkehringenieure e.V.** die nachfolgenden Lösungsansätze zum Thema **Digitalisierung** formuliert:

Mehr Digitalisierung beim Planen und Bauen

Die Digitalisierung spielt eine zentrale Rolle bei der Modernisierung und Effizienzsteigerung von Planungs- und Bauprozessen im Straßen- und Ingenieurbau. Trotz des riesigen Potenzials sind die Fortschritte der Digitalisierung der Straßenplanung noch immer unzureichend. Aktuell erfolgen viele Schritte von Planung und Bau von Straßen und Brücken noch analog oder mit digitalen, zum Teil nicht kompatiblen Insellösungen. Diese Digitalisierungslücken und Medienbrüche führen zu Informationsverlusten, Mehrfachbearbeitungen und Synergieverlusten in der Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure und letztlich zu Verzögerungen, Ineffizienzen und Mehrkosten in der Bauausführung.

Eine einheitliche, digitale Datenplattform fehlt häufig, weshalb notwendige Daten mehrfach erfasst und übertragen werden müssen.

Darum: Standardisierung digitaler Schnittstellen und Formate

Die Nutzung unterschiedlicher Softwarelösungen, oft ohne gegenseitige Kompatibilität, behindert den Informationsfluss. Dies führt zu Missverständnissen, Verzögerungen und einer höheren Fehleranfälligkeit. Zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Behörden, Planungsbüros und Baufirmen werden einheitliche digitale Schnittstellen und standardisierte Formate gefordert.

Darum: Konsequente Umsetzung von BIM

Building Information Modeling, kurz: BIM, ist ein zentrales Instrument zur Digitalisierung von Bau- und Planungsprozessen im Hoch- und Tiefbau. BIM soll nach Willen des BMDV zum bundeseinheitlichen Standard für die technische Verwaltung aller Bundesfernstraßen werden. Die BSVI fordert, die Anwendung von BIM über Pilotprojekte weiter zu entwickeln und damit die Digitalisierung von Genehmigungsprozessen zu beschleunigen.

Darum: Mehr Digitalisierung in den Verwaltungen

Die digitale Transformation, insbesondere in den öffentlichen Verwaltungen, scheitert oft am Mangel notwendiger personeller und finanzieller Ressourcen. Dabei kann der gesteigerte Einsatz der Digitalisierung mit dazu beitragen bürokratischen Aufwand zu reduzieren. Der Nutzen und die Potenziale der Digitalisierung sind den Beteiligten bekannt. Zentrale Forderung der BSVI ist daher die Digitalisierung im Straßen- und Verkehrswesen flächendeckend stärker auszubauen.

Darum: Mehr Mut beim Einsatz von KI

Die Anwendung von künstlicher Intelligenz (KI) kann Ingenieurinnen und Ingenieure beim Planen, Prüfen, Bewerten, Ausschreiben und Umsetzen von Bauleistungen eine wertvolle Hilfe sein. Im Alltag liegen Arbeitsroutinen und Arbeitsanteile vor, bei denen auf Grundlage zuvor umfangreich erfasster Daten die KI „helfen“ und vor allem „entlasten“ kann. Damit KI stärker zur Anwendung kommt, fordert die BSVI einen offenen und zugleich kritischen Einsatz von KI. Die öffentliche Verwaltung, Büros und Unternehmen, Wissenschaft und Forschung sollten die Chancen jetzt nutzen. Ein breiter Austausch und eine regelmäßige Vernetzung der genannten Akteure kann den Einsatz von KI festlegen, definieren und fördern. Datenmengen, die eine Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Anwendung von KI sind, werden bereits heute zur Genüge produziert.

Fachkräfte sichern jetzt!

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist die Grundlage für eine sichere Mobilität und eine stabile Wirtschaft. Das Mobilitätsbedürfnis der Menschen und der Wirtschaft wird auch in Zukunft wachsen. Damit der Wirtschaftsstandort Deutschland wettbewerbsfähig bleibt, muss die Verkehrsinfrastruktur dringend ertüchtigt, modernisiert und erneuert werden. Es besteht vielfältiger Handlungsbedarf.

Darum hat die **BSVI – die Bundesvereinigung der Straßenbau- und Verkehrsingenieure e.V.** die nachfolgenden Lösungsansätze zum Thema **Fachkräftestrategie** formuliert:

Wirksames Handeln gegen Fachkräftemangel

Qualifiziertes Ingenieurpersonal in ausreichender Anzahl ist unabdingbar, um die Planung, den Bau, die Erhaltung und die betriebliche Unterhaltung der Straßeninfrastruktur in Deutschland zu gewährleisten. Es ist sicher, dass dieses Ziel zukünftig nicht mehr anforderungsgerecht erfüllt werden kann. Schon seit Jahren wird weniger Fachpersonal an den Lehreinrichtungen ausgebildet, als jährlich in den Ruhestand verabschiedet wird. Aus Sicht der BSVI sind wirksame und zielgerichtete Maßnahmen der Politik erforderlich, um den Fachkräftebedarf für den Straßen- und Ingenieurbau zu sichern.

Darum: Attraktives Werben

Konkurrierende Berufszweige kämpfen um die verfügbaren Arbeitskräfte. Daher ist es dringend erforderlich, die Attraktivität der Branche auf allen Ebenen (Verwaltung, Ingenieurbüros, Baufirmen) zu steigern. Darum müssen Politik, Verwaltung, Ingenieurbüros und Baufirmen mehr attraktive, öffentlichkeitswirksame Imagekampagnen für die technischen Berufe initiieren. Dadurch soll das Bild des Ingenieurwesens der bedeutsamen gesellschaftlichen Aufgabe zukunftsorientiert verbessert werden.

Darum: Gezielte Nachwuchsförderung in den Schulen

Die Weichenstellung der Berufswahl erfolgt bereits in der Schule. Darum muss in der schulischen Ausbildung ein stärkerer Fokus auf die sogenannten MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) gelegt werden. Die Werbung für das Berufsbild des Bauingenieurs muss den Weg in die Schulen finden.

Darum: Förderung duales Studium

Die Studierendenzahlen an den Lehreinrichtungen muss dringend gesteigert werden. Um den wachsenden Bedarf an Fachkräften zu decken, müssen die Fachrichtungen Bauingenieurs- und Verkehrswesen an den Universitäten und Hochschulen gezielt gefördert werden. Ein zentraler Baustein ist die Förderung der dualen Ausbildung. Die Verknüpfung von Theorie und Praxis durch duale Studiengänge und enge Kooperationen zwischen Bildungseinrichtungen und der Bauwirtschaft, den Ingenieurbüros und der Verwaltung ist entscheidend, um junge Fachkräfte an die jeweils ausbildende Institution zu binden.

Darum: Fachkräftezuwanderung erleichtern

Der demografische Wandel in Deutschland verlangt ein Handeln im Bereich Zuwanderung. Fachkräften aus Drittstaaten muss die Einwanderung und Integration durch den Abbau bürokratischer Hürden erleichtert werden. Vereinfachte Anerkennungsverfahren und gezielte Programme zur sprachlichen und beruflichen Integration müssen durch die zuständigen Ministerien auf Bundes- und Landesebene in den Fokus gerückt werden.